

Modul 2

Zusammenspiel des neuen Europa- parlaments mit anderen EU-Institutionen

Dieses Unterrichtsmodul gibt einen Einblick in die Organe der Europäischen Union und das Zusammenspiel des 2019 neu gewählten Europaparlaments mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat. Es ist als modularisierte Unterrichtseinheit für die Sekundarstufe I und II konzipiert, die je nach zur Verfügung stehender Zeit angepasst werden kann. Die Texte sind mit Links für weiterführende Informationen versehen.

Das Modul besteht aus:

- ✓ Hintergrundinformationen für Lehrkräfte, die je nach Schultyp, Klassenstufe und Vorwissen auch als Unterrichtsmaterial eingesetzt werden können
- ✓ einem Arbeitstext für Schüler*innen
- ✓ Arbeitsaufträgen
- ✓ weiterführender Literatur

Ziele der Unterrichtseinheit:

- Wissen über die europäische Integration und die Institutionen der EU, ihre Entwicklung und ihr Zusammenspiel zu vermitteln
- Reflexions- und Urteilsfähigkeit der Schüler*innen zum Thema stärken
- Fachliche Kompetenzen entwickeln

Hintergrundinformationen für Lehrkräfte

Erwartungen an die neue EU-Kommission

Nach der Europawahl 2019 und nach dem Amtsantritt der neuen Kommission unter Leitung von Ursula von der Leyen steht die EU vor großen Herausforderungen.



Foto von Nathanaël G. Dürst von Pexels

Der Reformprozess, mit dem die EU die Krisen und Probleme der letzten Jahre überwinden will, stagniert. Dazu gehört z.B. die Weiterentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion sowie der gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik. Zudem hat sich die ursprünglich wirtschaftliche Krise der Europäischen Union während der Juncker-Kommission 2014-2019 in eine politische Krise verwandelt. In fast allen Mitgliedstaaten haben EU-skeptische Parteien bei Wahlen an Zustimmung gewonnen. In Frankreich, Großbritannien, Italien und Polen wurden sie bei der Europawahl stärkste Kraft und stellen im Europaparlament (EP) über 20 % der Abgeordneten.

Die informelle große Koalition aus Europäischer Volkspartei (EVP) und europäischen Sozialdemokraten (S&D), die bisher das EP dominierte, hat ihre Mehrheit verloren. Entscheidungen werden sich in Zukunft auf neue wechselnde Mehrheiten stützen müssen und auch die neue Kommission muss sich eine neue politische Basis im EP suchen.

Agenda der neuen Europäischen Kommission

Hohe Erwartungen verbinden sich mit der neuen Europäischen Kommission - die ihrerseits große politische Ambitionen formuliert. Nach Jahren der Krisenbewältigung will sie eine Kommission sein, „die mehr erreichen will“, eine geopolitische Kommission zudem, die die liberale Weltordnung schützt. Kommissionspräsidentin von der Leyen hat eine anspruchsvolle Agenda vorgelegt, die in den kommenden fünf Jahren folgende sechs Ziele für Europa verfolgt:

- Ein europäischer Grüner Deal
- Eine Wirtschaft, deren Rechnung für die Menschen aufgeht
- Ein Europa, das für das digitale Zeitalter gerüstet ist
- Schützen, was Europa ausmacht
- Ein stärkeres Europa in der Welt
- Neuer Schwung für die Demokratie in Europa

In ihrem [Programm](#) nennt von der Leyen vier Prioritäten für die ersten hundert Tage ihrer Präsidentschaft.

- 01 Mit dem „**European Green Deal**“ soll die Europäische Union bis 2050 klimaneutral werden. Ziel ist es, die europäischen Volkswirtschaften unabhängig von fossilen Brennstoffen zu machen. Dazu will die EU ihr Klimaziel für 2030 von bislang minus 40 % bei den CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 auf minus 50 bis 55 % verschärfen. Mit einer „Just Transition Strategie“ sollen besonders betroffene Länder bei der Umstellung auf eine emissionsfreie Wirtschaft unterstützt werden.
- 02 Anfang 2019 gab es in 22 von damals 28 EU- Staaten gesetzliche Mindestlöhne. Eine europäische Regelung zum **Mindestlohn** soll in Zukunft sicherstellen, dass alle Arbeitnehmer*innen in der EU einen gerechten Mindestlohn erhalten. Nicolas Schmit ist als EU-Kommissar zuständig für Beschäftigung und soziale Rechte. Im Januar 2020 hat er mit den Sozialpartnern eine Konsultation zum europäischen Mindestlohn aufgenommen. Über eine zwingende EU-Lohnuntergrenze gibt es bisher jedoch keine Einigkeit unter den Parteien und Sozialpartnern.
- 03 Frauen verdienen im europäischen Durchschnitt 16 % weniger als Männer, obwohl sie höhere Qualifikationen vorweisen können. In den Verträgen ist der Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verankert. Um diesen europaweit durchzusetzen, schlägt die Kommission Maßnahmen zur Einführung **verbindlicher Lohntransparenzmaßnahmen** vor.
- 04 Europa soll mehr erreichen, indem es die Chancen des **digitalen Zeitalters** innerhalb sicherer und ethischer Grenzen nutzt. Die Kommission will dazu Rechtsvorschriften mit einem koordinierten europäischen Konzept für die menschlichen und ethischen Aspekte künstlicher Intelligenz vorschlagen.

Etwa die Hälfte der Arbeitsaufträge an die Kommissar*innen bezieht sich jedoch auf die interne Koordination oder die Koordination mit den anderen EU-Institutionen. Diese Aufgaben entsprechen der Position der Kommission im Institutionengefüge der EU: Sie ist eine Institution mit widersprüchlichem Aufgabengebiet, die vornehmlich zwischen den anderen EU-Institutionen vermitteln muss. ([Aufgaben der KOM](#))

Handlungsfähigkeit der neuen Kommission

Im komplexen Institutionengefüge der EU ist die Kommission darauf angewiesen, für ihre politischen Projekte die Unterstützung des EP und der Mitgliedstaaten im Rat zu gewinnen, indem sie Kompromisse vorschlägt. Dabei spielt sie zugleich eine Vermittlerrolle zwischen dem EP und dem eher an nationalstaatlichen Interessen orientierten Rat. Dies hat Konsequenzen für die [Handlungsfähigkeit](#) der Kommission.

Die EU-Kommission ist gleichzeitig der „**Motor der Integration**“ und die „**Hüterin der Verträge**“. Einerseits soll sie als politischer Akteur agieren, andererseits - in einigen Politikfeldern wie etwa im Bereich der Haushaltskontrolle in der Eurozone oder der Wettbewerbskontrolle - als neutraler Schiedsrichter auftreten. Die Juncker-Kommission hatte sich ausdrücklich als politische Kommission verstanden und den Anspruch formuliert, eigene gestalterische Prioritäten zu setzen und politische Entscheidungen zu treffen, musste aber zum Ende ihrer Amtszeit eine gemischte Bilanz vorlegen.

Viele ihrer Gesetzesvorschläge waren im Europäischen Parlament und/oder im Rat nicht mehrheitsfähig. Das Leitbild der politischen Kommission hat sich zunehmend als unvereinbar mit den Kontrollaufgaben des höchsten Exekutivorgans erwiesen.

Die neue Kommission versteht sich ebenfalls als politische **Kommission**, aber ihre Handlungsfähigkeit ist zusätzlich dadurch erschwert, dass sie sich nicht auf eine stabile Parlamentsmehrheit stützen kann. Die Parteienfamilien im EP sind fragmentiert und die bisherige informelle große Koalition¹ hat ihre Mehrheit in den letzten Europawahlen verloren. Die neue Kommission wird bei jeder Entscheidung neue Mehrheiten im EP organisieren müssen. Auch Bemühungen, im Kontext des Spitzenkandidatenprinzips ein gemeinsames Programm der vier großen proeuropäischen Fraktionen EVP, S&D, Renew und Grüne zu vereinbaren, sind gescheitert. Im Rat wachsen die **Konflikte zwischen den Mitgliedstaaten** und erschweren die Suche nach tragfähigen Kompromissen.

Die EU-Kommission unter der Leitung Ursula von der Leyens hat sich viel vorgenommen, muss aber für ihr Reformprogramm erst Unterstützung gewinnen.

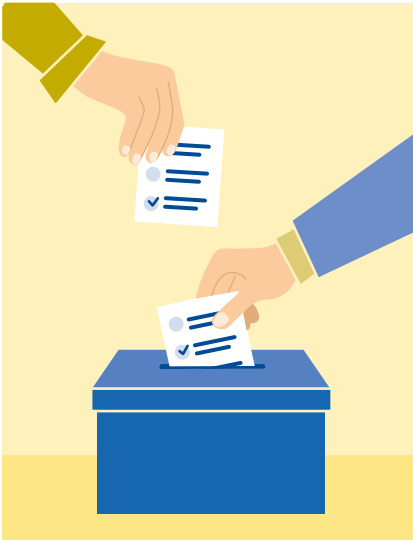
Konferenz über die Zukunft Europas 2020-2022

In ihren Politischen Leitlinien hat Ursula von der Leyen eine zweijährige [Konferenz zur Zukunft Europas](#) vorgeschlagen, die junge Menschen, die Zivilgesellschaft und die europäischen Institutionen als gleichberechtigte Partner zusammenbringen soll. Die Einberufung der Konferenz wurde von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament Ende 2019 angekündigt und wird seitdem vorbereitet. Sie soll in den kommenden zwei Jahren (2020–2022) neue Antworten für die Zukunft der Europäischen Demokratie formulieren.

Das Europäische Parlament hat seine Vorstellungen für die Konferenz zur Zukunft Europas in einer Resolution vom 15. Januar 2020 dargelegt. Darin werden die Ziele der Konferenz, Teilnehmergruppen und ihre Rollen, Organisation und Ablauf sowie die erwünschten Ergebnisse beschrieben. Das EP unterstreicht die aktive Rolle der Unionsbürger*innen, der organisierten Zivilgesellschaft und der Expert*innen im Konferenzprozess und begrüßt ausdrücklich Vorschläge für Vertragsänderungen. Zugleich fordert es umgehende Schritte zur Umsetzung der Konferenzergebnisse ein. ([European Parliament resolution of 15 January 2020](#))

Arbeitstext für Schüler*innen

Wahl eines neuen Europaparlaments



Zum neunten Mal haben die Bürger*innen der Europäischen Union im Mai 2019 die Abgeordneten des Europaparlaments gewählt. Die europäischen Parteienfamilien, also die Sozialdemokraten, die Konservativen, die Liberalen, die Grünen, die Linke und die Volkspartei, hatten dabei sechs Spitzenkandidat*innen ins Rennen geschickt, die im Wahlkampf für ihre politischen Programme geworben haben.

Das neu gewählte Parlament hat u.a. die Aufgabe, den oder die Präsident*in der EU-Kommission zu wählen. Und eigentlich hatten sich die Parteien darauf festgelegt, dass sie nur jemanden aus dem Kreis der Spitzenkandidat*innen wählen wollen. Doch seit Dezember 2019 ist [Ursula von der Leyen](#) Kommissionspräsidentin. Sie war zuvor Bundesverteidigungsministerin in Deutschland und hatte gar nicht für die Europawahl kandidiert. Was ist passiert?



Die Europäische Union ist eine Union der Staaten und der Bürgerinnen und Bürger. Dies zeigt sich in den Institutionen der EU, die für die europäische Gesetzgebung zuständig sind. Das [Europäische Parlament](#) (Kp.4, S. 26-30) ist das Organ der Europäischen Union, das von den Unionsbürger*innen alle fünf Jahre in direkter Wahl gewählt wird. Die letzte Europawahl fand im Mai 2019 statt.

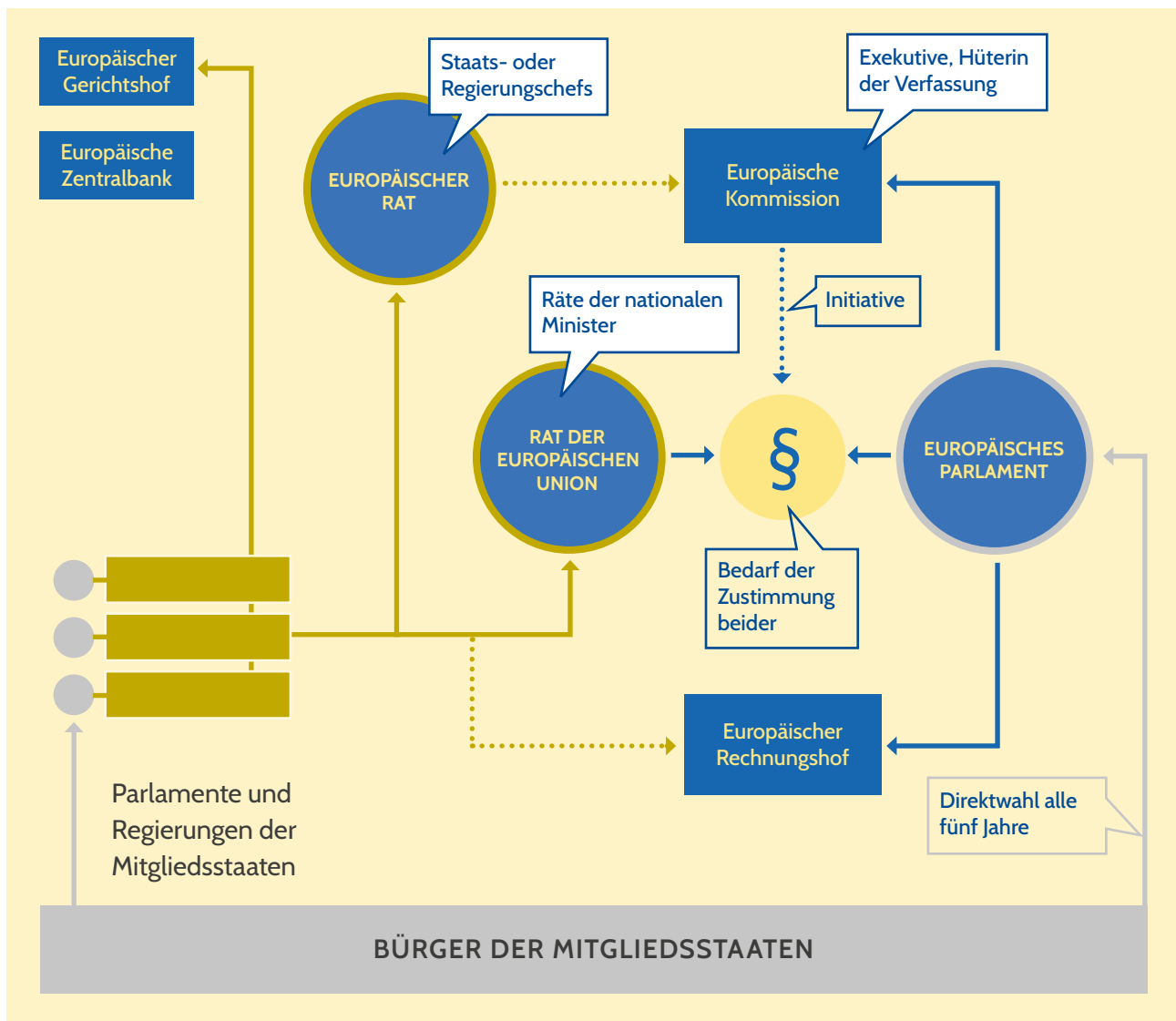
Das EU-Parlament besteht in der Legislaturperiode 2019-2024 aus 705 Abgeordneten aus 27 Mitgliedstaaten, seit das Vereinigte Königreich zum 31. Januar 2020 aus der EU ausgeschieden ist. Es entscheidet über einen Großteil der EU-Gesetzgebung und legt den jährlichen Haushaltsplan fest. Das Parlament kann aber nicht allein EU-Gesetze verabschieden. Das geht nur in Zusammenarbeit mit dem Rat der Europäischen Union.

Dem [Rat der Europäischen Union](#) (Kp. 4 S.30-31), auch kurz Rat oder Ministerrat genannt, gehören die jeweiligen Fach-Minister*innen der 27 Mitgliedstaaten an. Er tritt in zehn verschiedenen Ratsformationen zusammen, je nach Politikbereich. So treffen sich zum Beispiel die Umweltminister*innen oder die Innenminister*innen oder die Justizminister*innen der 27 Mitgliedstaaten, um Gesetze zu verabschieden und die jeweilige Politik zu koordinieren. Der Vorsitz im Rat wechselt halbjährlich von einem Mitgliedstaat zum nächsten. Der Rat fasst seine Beschlüsse in der Regel mit qualifizierter Mehrheit. Das bedeutet, dass mindestens 55 % der Staaten, also 14, zustimmen müssen – und diese müssen zugleich mindestens 65 % der Unionsbürger*innen vertreten.

Vom Rat zu unterscheiden ist der [Europäische Rat](#) (Kp.4 S. 30). In ihm treffen sich die Staats- und Regierungschef*innen der EU viermal im Jahr. Sie legen die allgemeinen politischen Ziele und Prioritäten fest (Art. 15 des Vertrags über die EU (EUV)), haben aber keine direkte Gesetzgebungskompetenz.

Seit dem 1. Dezember 2019 ist der ehemalige belgische Premierminister Charles Michel Präsident des Europäischen Rates.

Die Europäische Kommission (Kp.4 S. 31 -34) spielt bei Entscheidungen in der EU ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie ist die „Hüterin der Verträge“ und verwaltet die Europäische Union. Pro Mitgliedsland besteht sie aus einer Kommissarin oder einem Kommissar (derzeit 27), die oder der für einen Politikbereich zuständig ist. Die Europäische Kommission nimmt im Gesetzgebungsprozess der Europäischen Union eine starke Stellung ein, denn sie hat das alleinige Initiativrecht, das heißt, nur sie darf Vorschläge für neue Rechtsakte vorlegen, die dann vom Europäischen Parlament und dem Rat beschlossen werden. Zudem gehören die Verwaltung und Ausführung des EU-Haushalts zu ihren Aufgaben sowie die Überwachung der Einhaltung des EU-Rechts. Das Kollegium der Europäischen Kommission ist für fünf Jahre im Amt und zwar zeitgleich mit der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments.



© Quelle: Ziko van Dijk, commons.wikimedia.org – adaptiert

Wer bestimmt, wer Kommissionspräsidentin oder Kommissionspräsident wird?

Die EU-Kommission wird von einem Präsidenten oder einer Präsidentin geleitet, die oder der vom Europäischen Parlament (EP) auf Vorschlag der Staats- und Regierungschefs gewählt werden muss. Dies geschieht immer nach der Neuwahl des EP. Der [Lissabonner Vertrag](#) von 2009 legt fest, dass bei ihrer oder seiner Berufung die politischen Mehrheiten, die aus der Europawahl hervorgegangen sind, berücksichtigt werden müssen. Um die Europäische Union demokratischer zu machen, haben die großen europäischen Parteienfamilien vor der Europawahl 2014 erstmals [Spitzenkandidat*innen](#) aufgestellt. Damals errang die Europäische Volkspartei (EVP) die meisten Sitze im EP und ihr Spitzenkandidat [Jean-Claude Juncker](#) wurde vom Europäischen Rat als Kandidat vorgeschlagen und vom Parlament mit der Mehrheit der Stimmen aus EVP und Sozialdemokratischen Fraktion gewählt.

Wie wurde Ursula von der Leyen Kommissionspräsidentin?

Auch vor der [Europawahl 2019](#) haben die europäischen Parteienfamilien Spitzenkandidat*innen aufgestellt. Für die EVP ging der deutsche CSU-Politiker [Manfred Weber](#) ins Rennen. Spitzenkandidat der sozialdemokratischen Fraktion im EP (S&D) wurde der Niederländer [Frans Timmermans](#) und die Dänin [Margrethe Vestager](#) stand an der Spitze der liberalen ALDE-Fraktion. Doch nach der Europawahl konnten sich die neuen Europaabgeordneten nicht auf eine/n der Spitzenkandidat*innen einigen, da sich die Mehrheitsverhältnisse stark verändert hatten: EVP und S&D hatten ihre bisherige Mehrheit verloren (Wahlergebnisse). Zwar stellt die EVP immer noch die stärkste Fraktion, sie benötigt jedoch die Stimmen von mindestens zwei anderen Parteienfamilien.

Die grünen Parteien haben Stimmen hinzugewonnen, das gilt aber auch für die europaskeptischen und populistischen Parteien. Zudem lehnten einige Mitgliedstaaten wie Frankreich die Besetzung der Kommissionsspitze mit einer/m Spitzenkandidat*in mit der Begründung ab, dass es bislang keine transnationalen Wahllisten gebe und deshalb die Spitzenkandidat*innen nur in ihren Mitgliedsländern zur Wahl stünden.

Die Staats- und Regierungschef*innen, die das Vorschlagsrecht für den wichtigen Posten haben, einigten sich schließlich darauf, Ursula von der Leyen als neue Kommissionspräsidentin zu empfehlen. Sie wurde als erste Frau von der Mehrheit der Europaabgeordneten in dieses Amt gewählt. Die Besetzung des Postens ist ein aufschlussreiches Beispiel für die Machtkämpfe, die im Institutionengefüge der EU insbesondere zwischen Parlament und Rat ausgetragen werden. Von der Leyen kündigte an, bis zur nächsten Europawahl das Spitzenkandidatenprinzip stärken zu wollen.

Der Kommissionspräsident oder die Kommissionspräsidentin stellt das [Kollegium der Kommissare](#) zusammen und verteilt die Aufgaben. Die Kommissar*innen werden zwar von den nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen, aber das Europäische Parlament prüft, ob alle für das Amt und die fachlichen Aufgaben geeignet sind.

Erst wenn das EP der gesamten Kommission zustimmt, kann sie ernannt werden.

> Arbeitsaufträge



Ressourcen aktivieren

01 Welche EU-Politiker*innen kennt ihr?

1. Recherchiert ihre Aufgaben und Politikbereiche im Internet. Sucht euch eine Politikerin oder einen Politiker aus, bereitet in Dreiergruppen Fragen und Antworten zur Funktion der Person und ihren Aufgabengebieten vor.
2. Führt ein Interview!
 - > Schüler*in 1 übernimmt die Rolle des Politikers oder der Politikerin,
 - > Schüler*in 2 übernimmt die Rolle des Journalisten oder der Journalistin,
 - > Schüler*in 3 filmt das Interview mit einem Handy (Mobile reporting).
3. Präsentiert die Videoclips in der Klasse!

Informationen verarbeiten

02 Beantworte die Fragen des [Quiz](#) „Wer tut was in Europa?“.

- > Zu finden auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung.

Transferaufgabe

Der neue EU-Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius kommt aus Litauen und ist mit 29 Jahren das jüngste Mitglied im Kollegium der Europäischen Kommission. Zuvor war er Wirtschaftsminister in seinem Heimatland. Da die EU im Rahmen des Grünen Deals bis 2050 klimaneutral werden soll, plant er einen Rechtsakt, mit dem bis 2030 mehr CO₂ eingespart werden soll als bisher vorgesehen. Statt wie bisher um 40 % im Vergleich zu 1990 sollen die Treibhausgase, die in den Mitgliedstaaten der EU ausgestoßen werden, um 55 % verringert werden.

03 Wie geht der Umweltkommissar vor?

04 Mit welchen europäischen Institutionen muss er verhandeln, um sein Vorhaben umsetzen zu können?

05 Wie kann er dafür Mehrheiten organisieren?

06 Welche Hindernisse sind zu erwarten?

- > Lest den Text für Schüler*innen und evtl. die Hintergrundinformationen!
- > Recherchiert und diskutiert in Kleingruppen!
- > Fasst eure Ergebnisse zusammen und gebt sie in Form eines Podcast wieder,
- > den ihr mit einem Handy aufzeichnet.

Weiterführende Literatur

EUROPEAN PARLAMENT (2015)

Texts adopted – European Parliament's position on the Conference on the Future of Europe, Wednesday, 15 January 2020.

→ https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0010_EN.html

EUROPÄISCHE UNION (2017)

Europa in 12 Lektionen. Kapitel 4: Wie funktioniert die EU?

→ https://europainfo.at/wp-content/uploads/2019/03/184_EU_Europa_in12Lektionen.pdf

ONDARZA, N. (2019)

SWP-Aktuell. Mehr als nur eine Personalentscheidung.

Die nächste Kommission braucht ein gemeinsames politisches Mandat.

→ <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2019A35/>

STRATENSCHULTE, E. D. (2019)

Europäisches Parlament, Verbindungsbüro im Deutschland, 2018.

→ <https://westmbh.de/wp-content/uploads/2018/06/2019-Europa.pdf>

VON DER LEYEN, U. (2019)

Eine Union, die mehr erreichen will. Meine Agenda für Europa.

Politische Leitlinien für die künftige Europäische Kommission 2019-2024

→ https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf

Links aus dem Text Schüler*innen und Lehrer*innen

AUS DEM TEXT FÜR SCHÜLER*INNEN

Wort	Art des Links	Link
Ursula von der Leyen	Zur Person	https://www.was-war-wann.de/politik/biografien/ursula-von-der-leyen.html
Europäisches Parlament (Kp. 4 S. 26-30)	Erklärung	https://europainfo.at/wp-content/uploads/2019/03/184_EU_Europa_in12Lektionen.pdf
Europäischer Rat (Kp. 4 S. 30)		
Rat der Europäischen Union (Kp. 20-31)		
Europäische Kommission (Kp. 4 S. 31-34)		
Initiativrecht	Erklärung	https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-europa/16825/initiativrecht
Lissaboner Vertrag	Erklärung	https://www.bpb.de/internationales/europa/europa-eische-union/43000/grafik-lissabonner-vertrag
Spitzenkandidatin o. Spitzenkandidat	Video	https://www.youtube.com/watch?v=mxqezMV4lvM
Jean-Claude Juncker	Zur Person	https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/jean-claude-juncker-v1
Europawahl 2019	Video	https://www.youtube.com/watch?v=efCMww6dBZc
Manfred Weber	Zur Person	https://www.manfredweber.eu/lebenslauf
Frans Timmermans	Zur Person	https://de.wikipedia.org/wiki/Frans_Timmermans
Margrethe Vestager	Zur Person	https://de.wikipedia.org/wiki/Margrethe_Vestager
Wahlergebnisse	Übersicht	https://europarl.europa.eu/election-results-2019/de/wahlergebnisse/2019-2024/
Kollegium der Kommission	Übersicht	https://ec.europa.eu/commission/commissioners/sites/comm-cwt2019/files/team_attachments/globe-college-protocol-2019-2024_de.pdf

AUS DEM TEXT FÜR DIE LEHRER*INNEN

Wort	Art des Links	Link
Programm	Broschüre	https://ec.europa.eu/commission/sites/beta-political/files/political-guidelines-next-commission_de.pdf
Aufgaben der Kommission	Übersicht	https://europa.eu/european-union/about-eu/institutions-bodies/european-commission_de
Handlungsfähigkeit	Artikel	https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2019A35_orz.pdf
Konferenz der Zukunft	Erklärung	https://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2020-01-13/O/konferenz-zur-zukunft-europas-burger-sollen-bei-eu-reform-mitreden
European Parliament resolution of 15 January 2020	Dokument	https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0005_EN.html
Ordentliche Gesetzgebung	Erklärung	https://www.europarl.europa.eu/germany/de/europa-und-europawahlen/ordentliches-gesetzgebungsverfahren
Quiz	Quiz	https://www.bpb.de/internationales/europa/europaeische-union/70746/wer-tut-was-in-europa



Europäische Akademie Berlin



Auswärtiges Amt

Mit freundlicher Unterstützung
des Auswärtigen Amtes